

**Jede Stimme für NPD und AfD ist eine zu viel!
Jugendliche in Brandenburg vor rechter Demagogie schützen!**

Am 14. September wird in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Erstmals auf Landesebene sind dabei auch Jugendliche mit 16 und 17 Jahren abstimmungsberechtigt. Die Absenkung des Wahlalters war ein großer Erfolg der Brandenburger Jugendverbände. Dieser Erfolg verpflichtet aber auch dazu, politisch gegen antidemokratisches, rassistisches, antisemitisches und „rechtspopulistisches“ Gedankengut klar Stellung zu beziehen und Jugendliche in Brandenburg dahingehend zu sensibilisieren.

Der Landesjugendring Brandenburg e.V. und seine Mitgliedsverbände treten seit Jahren konsequent gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sowie für eine demokratische, solidarische und friedliche Gesellschaft ein. Nationalistisches und rassistisches Gedankengut steht unseren Bemühungen um eine Gesellschaft, in der sich jeder und jede frei entfalten kann und die gleichen sozialen und politischen Rechte genießt, völlig entgegen.

Daher ruft der Landesjugendring ausdrücklich alle Jugendverbände, Schulen und zivilgesellschaftliche Kräfte dazu auf, ihrem Bildungsauftrag gründlich mittels Aufklärung und zielgruppengerechten Bildungsangebote nachzukommen.

Begründung:

Bei der NPD handelt es sich um eine Partei, die offen mit dem Nationalsozialismus kokettiert und sich in wesentlichen Punkten ihres Programms an das inhaltliche Programm der NSDAP anlehnt. Nicht zuletzt deshalb ist das Verbotverfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Mit Udo Pastörs ist eine Person Bundesvorsitzender, der jede Gelegenheit nutzt, um gegen die „Judenrepublik“ zu hetzen und antisemitische Ressentiments zu schüren. Jeder vierte NPD-Mandatsträger ist wegen Gewalt- oder Propagandadelikten vorbestraft. Wir können es nicht dulden, dass rechtsextreme Politiker_innen den Brandenburger Landtag als Podium für ihre menschenfeindliche Hetze und zur Verbreitung einer Ideologie des Hasses nutzen.

Die Erfahrungen aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zeigen außerdem, dass die NPD-Fraktionen die ihr zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel genutzt haben, um regionale Kameradschaftsstrukturen zu stützen und den flächendeckenden Ausbau der NPD in den beiden Bundesländern voranzutreiben. Das hat zur Folge, dass in beiden Ländern sogenannte „national befreite Zonen“ existieren und gefestigt wurden, in denen Migrant_innen sowie „nichtrechte“ Menschen hohen Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sind. Sie missbrauchen damit ihr Parteienprivileg, um Demokratie zu bekämpfen. Auch vor diesem Hintergrund muss der NPD gerade an den Wahlurnen eine entschiedene Absage erteilt werden.

Bei der Alternative für Deutschland ist die Sache etwas komplizierter. Vordergründig gibt sie sich einen liberal-konservativen Anstrich, die um die von der deutschen Europapolitik enttäuschten Wähler_innen vor allem von FDP und CDU wirbt. Sie will den Anschein erwecken, die deutsche Bevölkerung vor den finanziellen und ökonomischen Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise schützen zu wollen. Ihre Antwort auf die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise lautet aber Rückbezug auf die Nation, Abgrenzung und Abschottung nach außen, „Deutschland, Deutschland über alles“...

Dadurch ergeben sich einerseits politische Schnittmengen zu Parteien wie der NPD. Was bei der NPD „Deutschland den Deutschen“ heißt wird bei der AfD zu „Mut zu Deutschland“. Während die NPD propagiert, „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, stellt die AfD fest „Wir sind nicht das Weltsozialamt“. Auch in der Einwanderungspolitik trennt die beiden Parteien bestenfalls die Semantik. So ist es auch kein Zufall, dass in den Landesverbänden der AfD ehemalige NPD-Mitglieder in Amt und Würden sind. Dass auch die NPD die AfD als Konkurrentin um die Wählergunst sieht, zeigt sich daran, dass sich die NPD offensiv mit der AfD auseinandersetzt und sie der Kollaboration mit dem „Systemparteien“ beschuldigt, nachdem sie im Kreistag Elbe-Elster mit der CDU eine gemeinsame Fraktion gebildet hat.

Andererseits werden durch den bürgerlichen Anstrich der AfD rassistisches und nationalistisches Gedankengut salonfähig gemacht bzw., und auch das muss man sagen, in der Mitte der Gesellschaft vorhandene Ressentiments bedient und aufgenommen.

Fürstenwalde, 05.07.2014